

**4066/AB XXI.GP**

---

**Eingelangt am: 28.08.2002**

Bundesminister für Finanzen

auf die schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Mag. Johann Maier und Kollegen, Nr. 4102/J, vom 4. Juli 2002, betreffend Budgetbegleitgesetz 2000 - zusätzliche Verteuerung der Wohnungskosten Teil 2/11, beehre ich mich Folgendes mitzuteilen:

Ich möchte betonen, dass es erst die Wohnungspolitik dieser Bundesregierung auf breiter Ebene ermöglicht hat, dass Wohnungen, die im Eigentum von bundeseigenen Gesellschaften stehen, den jeweiligen Mietern zum Kauf angeboten werden. Dies bietet die Chance zur Schaffung von privatem Eigentum zu - im Vergleich zum privaten Wohnungsmarkt — äußerst günstigen Konditionen, und damit besseren Verfügungs- und Mitbestimmungsrechten.

Ausdrücklich sei hier aber festgehalten, dass Mieter, die dieses Angebot nicht in Anspruch nehmen, in ihren Rechten und Mietverhältnissen nicht beeinträchtigt sind.

Zu 1. bis 6.:

Da die Wohnbauförderung primär den Kompetenzbereich der Länder betrifft, steht dem Bundesministerium für Finanzen derartiges Zahlenmaterial nicht zur Verfügung. Ich ersuche daher um Verständnis, dass ich diese Fragen nicht beantworten kann.